

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelheimer- und Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten, Falkensteiner Anzeiger
Hornauer Anzeiger Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M. monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Beizeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beizeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Angebotgebühren 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unänderlicher Anzeigen in

Freitag
10
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beiziehung der Anzeigengebühren. — Einfache Beilagen: Tausend 9.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 9 1/2 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 5 • 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Aleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Graf Hertling †.

Der frühere Reichskanzler Graf Hertling ist am Samstag Abend 9 1/2 Uhr nach sechsstägiger Krankenlager in Ruhpolding (Oberbayern) verschieden. Die Beisetzung findet in München statt.

Der Tod Hertlings wird im ganzen deutschen Volke lebhaftes Bedauern wachrufen. Der Lebensabend endigte für den hochverdienten Mann mit keinem großen Lichtblick in die Zukunft. Er wurde an die Spitze des Reiches berufen, als Deutschlands Stern im Niedergehen begriffen war. Als nach kurzen Zwischenjahren Michaels' Hertling die Kanzlerschaft übernahm, war alle Welt auf das Höchste überrascht; nachher stellte sich dann heraus, daß er nach langem Sträuben schließlich dem Drucke des Kaisers und des Königs von Bayern nachgegeben hatte. Seine Tätigkeit als Reichskanzler ist noch in aller Erinnerung. Ohne Hertling wäre die innere Front wahrscheinlich schon früher zusammengebrochen. Jetzt stehen wir am offenen Grabe des verdienten Politikers. Hertling hat ein Alter von 76 Jahren erreicht. Den Aufstieg Deutschlands erlebte er in tätiger Anteilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung, am Ende seines Lebens sah er den Zusammenbruch. Das deutsche Volk wird sich für immer daran erinnern, daß Graf Hertling ohne Rücksicht auf seine Person zu retten versuchte, was noch zu retten war. Ehre seinem Andenken.

Ludendorffs Rechtfertigung.

Berlin, 4. Jan. Im Berliner „Lokal-Anzeiger“ versucht Wilhelm Brender, der dem General Ludendorff persönlich nahesteht und Gelegenheit hatte, ihn nach seiner Entlassung über die letzten Ereignisse ausführlich zu sprechen, eine Rechtfertigung Ludendorffs. Er verzeichnet zunächst als Tatsache, daß am 13. November Ludendorff der Reichsregierung durch den Kriegsminister habe mitteilen lassen, daß er sich loyal auf den Boden der durch die Abdankung des Kaisers geschaffenen Lage stelle, daß er aber um Schutz bitten müsse gegen Nachstellungen und Verfolgungen unrufer, gegen ihn aufgehetzter Elemente. Er bitte um Einverständnis, für einige Zeit ins Ausland gehen zu dürfen, bis sich die Verhältnisse in Deutschland wieder beseitigten. Er warte nur darauf und sei jederzeit bereit, Rechenschaft über sein Wollen und Handeln abzulegen. Noch am selben Abend sei Ludendorff mitgeteilt worden, die Reichsregierung sei einverstanden, wenn er sich ins Ausland begeben. Der Aufsatz schildert sodann die einzelnen tatsächlichen und angeblichen Friedensangebote, die während der ganzen Kriegsführung gemacht worden seien, aber nicht zum Ziel geführt hätten. Er berichtet weiter, wie bereits am 8. Juni 1918 Ludendorff auf der Höhe unserer Erfolge ihm nahestehenden Parteiführern habe mitteilen lassen, es sei Zeit, zum Frieden zu gelangen. Es sei aber nichts geschehen. Mitte August habe Ludendorff der Reichsleitung ausgesprochen lassen, daß der Krieg militärisch nicht mehr zu gewinnen sei. Man sei übereingekommen, sofort Friedensverhandlungen einzuleiten. Es sei damals aber nichts geschehen. Auch Anfang September habe die Oberste Heeresleitung sich für einen sofortigen Friedensschluß erklärt, und wiederum sei nichts erfolgt, ebenso Mitte September. Da sei Ende September der Verrat Bulgariens gekommen, und wieder habe Ludendorff nach energischen Handeln gedrängt und zwar aus klarer und wohlüberlegter Überzeugung, da, je schlechter die militärische Lage sei, um so schwerer die zu erwartenden Bedingungen sein würden. Ludendorff habe den Standpunkt vertreten, daß, nachdem einmal der Entschluß, in Verhandlungen einzutreten, gefaßt gewesen, jede 24 Stunden weiteren Blutvergießens vermieden werden mußten. Aber er habe niemals gesagt, die Westfront könne nur noch 24 Stunden halten. Auch habe er scharf betont, daß bei Bedingungen, die Deutschlands Leben bedrohten, weiter gekämpft werden müsse, selbst auf die Gefahr hin, geschlagen zu werden. Noch am 17. Oktober habe Ludendorff erklärt, daß man nur solche Waffenstillstandsverhandlungen annehmen dürfe, die eine geregelte Räumung des Landes gestatteten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Auch dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich erscheinen ließen. Die Darstellung des Prinzen Max von Baden, daß die militärischen Autoritäten sich in der Beurteilung der Lage vor dem 1. Oktober getäuscht hätten, könne Ludendorff nicht treffen, denn er habe den seit August beschrittenen Weg nicht verlassen. Ludendorff sei der Ansicht

gewesen, daß wir uns noch einige Monate hätten halten können. Wir hätten, im feindlichen Lande kämpfend, den Gegnern schwerste Blutopfer auferlegend, doch vielleicht inner- halb dieser Zeit einen Frieden zu erträglichen Bedingungen bekommen. Diese geschlossene, einheitliche Abwehr Deutschlands hätte ermüdet auf den Siegestaumel der Gegner gewirkt und die Friedensströmung auch dort bestärkt. Wenn wir dann geschlagen worden wären, hätten uns härtere und schwerere Bedingungen nicht auferlegt werden können. Der Antikriegsreiter erklärt schließlich, Ludendorff sei jederzeit bereit, für sein Handeln einzustehen, und er dürfe wohl beanspruchen, nicht ungehört verurteilt zu werden von einem Volk, dem in vier langen, schweren Kriegsjahren all seine Liebe, sein Wollen und die gewaltige Kraft seiner Arbeit gehört habe.

Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, ist der ehemalige Generalquartiermeister, General Ludendorff, der seine Erholungsreise nach Schweden mit Zustimmung der Regierung unternommen hatte, jetzt zurückgekehrt. Er ist gegenwärtig mit der Abfassung einer Rechtfertigungsschrift beschäftigt.

Bürgerkrieg in Berlin.

Die politische Gewitterschwüle, die seit den Ereignissen vom 24. Dezember und seit dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung über Berlin lagerte, hat sich am Montag mit elementarer Gewalt entladen. In den Straßen Berlins ist der Bürgerkrieg ausgebrochen, und damit ist der furchtbare Auseinanderprall der Leidenschaften erfolgt, der nach dem Terror und der Herausforderung der Spartakisten und der Unabhängigen als unausbleiblich anzusehen war. Die Leidenschaft des Willens zur Beseitigung der spartakistischen Gewaltherrschaft wird jetzt endgültig aktiv, wenn auch zunächst nur in der reinen Abwehr, da die Regierung Ebert-Scheidemann Blutvergießen vermeiden will, so weit es in ihrer Macht liegt. Ob die friedfertigen Absichten der Reichsregierung auf die Dauer aber beibehalten werden können, steht natürlich auf einem andern Blatt; das hängt ganz von dem Belieben der Liebknecht, Luxemburg, Ledebour und Eichhorn ab, die sich in den letzten Wochen nicht genug tun konnten in der Verhetzung der Massen und der Aufreizung der niedrigsten Leidenschaften der menschlichen Natur. Diese Leute haben die Streiks in den Kohlenrevieren auf dem Gewissen, die die deutsche Volksgemeinschaft, und namentlich die Arbeiterbevölkerung, die unter dem Kohlenmangel in Gewerbe und Haushalt am meisten zu leiden hat, so schwer schädigten; diese Leute und ihr Anhang haben es zu verantworten, diese Leute und ihre Mitläufer sind schuld daran, daß die Entente sich so wenig beeilt mit den Vorbereitungen zum Friedensschluß und daß sie immer wieder darauf hinweist, sie wisse ja gar nicht, ob die heutige Regierung auch bleiben werde und Deutschland sich von dem Bolschewismus fernhalte, also verhandlungsfähig sei; auf die Häupter dieser Leute kommt nun auch das Bürgerblut, das in Oberschlesien und jetzt in Berlin geflossen ist. Mit dieser Wahnsinns- politik muß aber nur endlich Schluß gemacht werden, wenn das deutsche Volk nicht rettungslos in den Abgrund der Anarchie verfallen soll. Für die Aufrichtung der Terrorherrschaft nach russisch-bolschewistischem Muster, die Liebknecht, anstatt mit dem Mittel überzeugender Beweisführung für die Richtigkeit und Güte dieser Politik, durch den Gebrauch von Maschinengewehren und Handgranaten anstrebt, ist in dem hochentwickeltesten Deutschland kein Platz.

Berliner Kampfberichte.

Am Montag Abend und in der Nacht zum Dienstag war die Herrschaft der Mehrheitssozialdemokraten in der Hauptsache auf das mit Maschinengewehren, Flammenwerfern und Gewehren gepickte Reichskanzlerpalais beschränkt, in dem die Volksbeauftragten in Permanenz tagten. In den Abendstunden des Montag ist es vor dem Kanzlerpalais zu schweren blutigen Zusammenstößen gekommen. Gegen 6 Uhr abends hatten die Regierungstruppen die Zugänge zum Palais am Kaiserhof, in der Leipzigerstraße und nach den Linden zu besetzt, als ein von Unabhängigen und Spartakisten gebildeter Zug von etwa 2000 Mann, darunter etwa 800 mit Gewehren bewaffnet, durch die Mauerstraße nach dem Reichskanzlerpalais sich bewegte. Als der Zug in die

Wilhelmstraße einbiegen wollte, erhielt er vom Wilhelmsplatz her Feuer aus Gewehren, Flammenwerfern und Maschinengewehren. Die Unabhängigen und Spartakusleute hatten über 20 Tote und zahlreiche Verletzte. Der Zug war im Augenblick zerstreut. Viele Zivilisten warfen die Waffen fort und lehten sie an die Häuser und suchten das Weiße. Der Rest beschränkte sich darauf, seinerseits Abperrungen vorzunehmen. Da um das Reichskanzlerpalais und die Abperrung der Regierungstruppen ein Gürtel der Unabhängigen lag, war die Regierung von dem persönlichen Verkehr mit der Außenwelt vollständig abgeschnitten.

Auch an anderen Stellen der Stadt ist es am Montag zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Es gab mehrere Tote und Verletzte, meistens unter den unbeteiligten Passanten.

Während der Nacht zum Dienstag hat es in verschiedenen Stadtteilen wieder blutige Zusammenstöße gegeben. In der Leipziger Straße zwischen Wertheim und dem Kriegsministerium fand ein Feuergefecht statt, bei dem es Verwundete und Tote gab, ebenso an der Alexanderstraße, in der Friedrichstraße und Unter den Linden. Zu sehr heftigen Kämpfen ist es auf dem Wilhelmsplatz gekommen. Ein stark bewaffnetes Panzerautomobil fuhr vor dem Reichskanzlerpalais vor und durchstieß die Postenkette. Es entwickelte sich darauf ein Feuergefecht, in das auch die Besatzung in dem gegenüberliegenden Palais des Prinzen Leopold gegen die Spartakusanhänger eingriff. Es gab Verwundete und Tote auf beiden Seiten. Auch in den frühen Morgenstunden ist es auf dem Wilhelmsplatz und in der Wilhelmstraße zu heftigen Zusammenstößen gekommen.

Zu heftigen Kämpfen kam es in der Nacht zum Dienstag an der in der Köpenickerstraße gelegenen Kaserne des Garde-Pionier-Bataillons. Am Montag Nachmittag gegen 1/4 Uhr zogen große Haufen bewaffneter revolutionärer Arbeiter nach der Pionierkaserne und versuchten die Soldaten zu überreden, ihnen die Kaserne zu übergeben. Als dies von den Pionieren abgelehnt wurde, führten die Spartakusanhänger Maschinengewehre auf und beschossen die Fenster. Die Garde-Pioniere gaben mehrere Salven ab. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Gegen 1/11 Uhr kam ein Parlamentär und forderte im Namen der revolutionären Ob- leute die Übergabe der Kaserne. Als diese abgelehnt wurde, führten die Spartakisten zwei Feldgeschütze auf und beschossen aus diesen fortgesetzt das ausgedehnte Gebäude. Nicht weniger als zwölf Volltreffer wurden gezählt. Die Gardepioniere hatten einen Toten und sieben Verwundete. Da das Bombardement immer heftiger wurde, kam es schließlich zu Waffenstillstandsverhandlungen, wonach die Besatzung die Waffen niederlegte; sie verblieb jedoch in der Kaserne, während die Wache von Spartakisten besetzt wurde. Die Veranlassung zu diesem Gefecht, bei dem insgesamt etwa zehn Tote zu beklagen waren, soll gewesen sein, daß eine Anzahl Marine-Landflieger, die zu den Spartakisten übergegangen waren, von den Gardepionieren verhaftet worden waren.

Den Spartakusleuten gelang es in der ersten Nachsthunde, das Proviantamt in der Köpenickerstraße, das neben der Pionierkaserne gelegen ist, zu nehmen. Die schwache Besatzung, die ebenfalls einem starken Artilleriefeuer ausgesetzt war, vermochte die ausgedehnten Gebäude nicht mehr zu schützen und mußte sich schließlich ergeben. Die Garde-Pionier-Kaserne sowohl wie auch das Proviantamt ist in der Nacht von den Aufständischen in Verteidigungszustand gesetzt worden; die dort befindlichen Gardetruppen sind als Gefangene interniert.

Staatssekretär Graf Kanitz hat dem Räte der Volksbeauftragten mitgeteilt, daß er unter den gegenwärtigen Zuständen der Unsicherheit vorläufig die Arbeiten des Auswärtigen Amtes suspendieren läßt, bis wieder Ruhe und Ordnung in Berlin hergestellt sei.

Außer dem Haupttelegraphenamt und den übrigen Fernsprechstellen ist jetzt auch die Eisenbahndirection von bewaffneten Spartakusleuten besetzt worden. Die darin liegende republikanische Sicherheitswache ging nach kurzen Verhandlungen zu den Spartakusleuten über. Die Reichsdruckerei, die am Montag ihren Betrieb eingestellt hat, ist in die Gewalt der Spartakusleute gelangt, die das Gebäude besetzt halten und die Vorräte an fertigem Papiergeld mit Beschlagnahme haben. Die Reichsbank ist wie bisher von einer neutralen Matrosenwache besetzt.

Außer in den großen Banken, Versicherungsunternehm-

mungen und verschiedenen Kriegsgefechten wurde auch im Kriminalgericht der Betrieb eingestellt.

Die Beamten des Berliner Polizeipräsidiums haben, abgesehen von den Sicherheitsmannschaften, wegen Lebensgefahr das Gebäude verlassen. Im Gebäude verblieb nur der Polizeipräsident Eichhorn mit seinen Sicherheitsmannschaften.

Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, hat sich die Volksmarinedivision vollständig auf die Seite der Regierung gestellt und hat erklärt, daß sie mit den Angelegenheiten der Spartakusgruppe nichts zu tun habe und keine Verantwortung für den Putsch der Spartakusleute übernehme. Sie hat überall die Führer abgesetzt und neue gewählt. Ferner hat sie das Revolutionskomitee, das im Marzall sah, beseitigt. Durch dieses Vorgehen der Volksmarinedivision hat sich, wie der Gewährsmann der „Tägl. Rundschau“ meldet, die Lage für die Regierung wesentlich gebessert.

Börse und Banken.

Der Börsenvorstand trat am Dienstag abends zusammen und wiederholte seinen Beschluß, die Börse vorläufig geschlossen zu halten. Auch die Banken schlossen mittags ihre Bureaus.

Eine Regierungserklärung.

Die Regierung hat den revolutionären Obleuten der Berliner Großbetriebe gegenüber folgende Erklärung abgegeben: Es ist uns eine Gewissenssache, Gewalt lediglich zur Abwehr von Gewalt anzuwenden. Auf diesem Standpunkt bleiben wir stehen. Wir werden von der Waffe keinen Gebrauch zum Angriff machen. Zu irgendeiner Abmachung können wir uns nur verstehen, nachdem die am Abend des 5. und im Laufe des 6. Januar besetzten Gebäude freigegeben sind.“ Die Regierung hat dem nichts hinzuzufügen. Die Erklärung ist nur ein neuer entschiedener Ausdruck ihres Programms: Kampf gegen jede Rechtslosigkeit, wobei die Verantwortung für alles vergossene Blut auf die fällt, die für die Rechtslosigkeit verantwortlich sind.

Verhandlungen.

Auf Grund eines von den Unabhängigen gemachten Vermittlungsvorschlages haben unter Führung von Haase und Rautsky bis zum Dienstag Morgen 4 Uhr Verhandlungen stattgefunden. Sie sind Dienstag Vormittag um 11 Uhr wieder aufgenommen worden. Es werden aber einige Zweifel laut, ob eine Einigung mit Haase und Rautsky Bedeutung habe, denn die Massen ständen nicht hinter diesen, sondern gruppierten sich um Leute, die einen fanatischen Machtwillen zeigen.

Scheitern der Einigungsverhandlungen.

Die zwischen der Regierung und den Obleuten der revolutionären Arbeiter geführten Verhandlungen sind demnach von den Obleuten der revolutionären Arbeiter, die einseitig ihre Forderungen durchdrücken wollten, worauf die Regierung aber nicht einging, abgebrochen worden.

Die Regierungstruppen.

In der Nacht zum Mittwoch sind Potsdamer Truppen in Berlin eingerückt. Infolgedessen ziehen sich die Demonstranten über das Hallesche Tor aus dem Tiergarten zurück. Die Reichsdruckerei ist von den Regierungstruppen zurückerobert worden, ebenso das Gebäude der Eisenbahndirektion. Bei den Kämpfen gab es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete. Es ist gelungen, den Verkehr auf allen Hauptlinien aufrecht zu erhalten. Nur der Schlessische Bahnhof befindet sich noch immer in den Händen der Spartakisten. Es sind Maßnahmen getroffen, um auch diese Anlage schnellig in die Gewalt der Regierung zurückzubringen. Der Betrieb auf den übrigen Bahnhöfen unterliegt keiner Störung.

Die „Rote Fahne“, das Organ Liebknechts, ist am Mittwoch Vormittag nicht erschienen. Das Gebäude der Zeitung, das gegenüber dem Anhalter Bahnhof liegt, wurde bei den Kämpfen um diesen Bahnhof von Anhängern der Regierung gestürmt und von den Spartakusleuten geräumt.

Lebhafte Kämpfe haben in der Dienstagnacht gegen 1 und 4 Uhr in der Schützenstraße und Umgebung stattgefunden, die den Zweck verfolgten, das Wolffsche Telegraphenbüro zurückzuerobern. Dieser Zweck ist zunächst nicht erreicht worden. Es werden 5 Tote und 21 Verletzte aus diesen Kämpfen gemeldet. Auch beim Proviantamt in der Rosenstraße haben sich neue Kämpfe entwickelt, deren Ergebnis noch aussteht. Mittwoch Mittag kam es am Reichstagsgebäude zu lebhaftem Feuergefecht. Auch am Brandenburger Tor, unter den Linden und in der neuen Wilhelmstraße entwickelten sich lebhafteste Kämpfe, die Tote und Verwundete erforderten. Die Besetzung von Proviantdepots hat dazu geführt, daß die Spartakusleute sich und ihre Familien mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen reichlich versorgen.

Einstellung des Straßenbahnverkehrs.

Die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn sind infolge Lohnforderungen in den Ausstand getreten, obwohl die Verhandlungen mit der Verwaltung zum günstigen Abschluß gekommen sein sollen. Der Straßenbahnverkehr stockt in der ganzen Stadt.

Eine Mahnung der Entente.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt regierungsoffiziell:

Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt. Die Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich im Eventualfalle diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen. Wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten

Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setzt, so droht dieser Sklavenbesitzer uns in die ewige Schuldschuldhaft der siegreichen Entente zu stürzen.

Madensen nach Saloniki überführt.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest: Am Samstag Nachmittag erhielt ein höherer französischer Offizier im Jüthor Kastell beim Generalfeldmarschall v. Madensen und teilte ihm mit, daß das Oberkommando der Entente beschlossen habe, ihn nach Saloniki zu überführen.

Anteilige Auffassungen über die bundesstaatliche Gestaltung Deutschlands.

Der amtlichen Stellen nahestehende „Neue Politische Tagesdienst“ schreibt:

Aus dem Westen und aus dem Osten des preussischen Staates hört man jezt von Bestrebungen einzelner Landesteile zur Bildung selbständiger Freistaaten. Solche Rundgebungen werden von einem Teile der Presse mit großer Enthusiasmus abgelehnt. Man scheint also danach in manchen Kreisen noch anzunehmen, daß Preußen in seinem bisherigen Umfange als einheitlicher Bundesstaat in das neue Deutsche Reich übergehen soll. In den amtlichen Stellen, in deren Händen jezt die Vorbereitungen für die künftige Verfassung des Deutschen Reiches liegen, bestehen jedoch andere Anschauungen über die Gestaltung der deutschen Bundesstaaten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das bisherige Übergewicht, das Preußen durch die Zahl seiner Stimmen im Bundesrat in der Leitung der Reichsgeschäfte bisher besaß, in süddeutschen Staaten vielfach jene Reichsverdrüsslichkeit erzeugt hat, die sich früher häufig in der Gesetzgebung und Verwaltung fühlbar machte. Auch die in neuerer Zeit unter der Devise „Los von Berlin“ hervorgetretenen Bestrebungen sind ganz überwiegend auf die Befürchtung vor der Aufrechterhaltung des preussischen Übergewichts im neuen Deutschen Reich zurückzuführen. Es wird deshalb mit einer Aufteilung Preußens in einzelne Freistaaten zu rechnen sein.

In der künftigen Reichsverfassung, über die die Nationalversammlung zu beschließen haben wird, dürfte die Frage der Gestaltung der einzelnen Bundesstaaten eine der wichtigsten, aber wohl auch der umstrittensten sein. An den sich mit dieser Frage beschäftigenden amtlichen Stellen denkt man über diese Gestaltung etwa folgendermaßen: Im Westen entsteht ein Freistaat aus den preussischen Provinzen Rheinland und Westfalen. Hessen-Nassau wird sodann mit dem ehemaligen Großherzogtum Hessen und der bayerischen Pfalz zu einem Staate zusammengeschlossen mit Frankfurt a. M. als Hauptstadt. Württemberg und Baden werden zu einem Staate mit Stuttgart als Hauptstadt vereinigt. Aus den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein entsteht ein Freistaat Niedersachsen. Dabei ist die Frage, ob Hamburg und Bremen ihm einverleibt werden sollen, oder ob diese beiden als selbständige Republik aufrecht zu erhalten wären, umstritten. In Mitteldeutschland vereinen sich die thüringischen Staaten mit einem Teile der Provinz Sachsen, einschließlich Magdeburg, zu einem großthüringischen Staate. Das ehemalige Königreich Sachsen wird zu einem Freistaate Obersachsen zusammengeschlossen, zu dem einzelne Gebiete Deutsch-Böhmens hinzutreten. Das Gebiet des ehemaligen Königreichs Bayern wird geteilt in zwei Staaten, Bayern und Franken (?). Zu dem ersteren, mit München als Hauptstadt, gehören Oberbayern, Niederbayern, Schwaben, Tirol und Borsberg; zu dem zweiten, mit Nürnberg als Hauptstadt, gehören Ober-, Mittel- und Unterfranken, sowie Sachsen-Roburg-Gotha. Die preussischen Provinzen Brandenburg und Pommern werden mit den beiden Mecklenburg zu einem Staate zusammengeschlossen. Ost- und Westpreußen und der Regierungsbezirk Bromberg sollen einen Staat Preußen bilden. Aus Schlesien, dem Regierungsbezirk Posen und einzelnen Gebieten von Deutsch-Böhmen entsteht der Freistaat Schlesien. Neu hinzu kommt nun Deutsch-Oesterreich, unter Abtrennung der dem Freistaate Bayern zuzuteilenden Gebiete desselben.

Diese Einteilung, die bestrbt ist, dadurch Bundesstaaten von wenigstens annähernd gleicher Größe und wirtschaftlicher Bedeutung zu schaffen, ist aber selbstverständlich noch nicht als ein endgültiger Entwurf für die Nationalversammlung gedacht. Die Einteilung der Bundesstaaten soll vielmehr soweit als möglich dabei alle berechtigten Wünsche der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen berücksichtigen. Darum ist es erwünscht, daß aus den Kreisen der Bevölkerung selbst Anregungen über die Abgrenzung der Bundesstaaten hervortreten, damit eine Klärung der Frage durch ausgiebige Erörterung in der Öffentlichkeit rechtzeitig herbeigeführt werden kann. Läßt man für die künftige Gestaltung des Deutschen Reiches Elsaß-Lothringen außer Betracht, und nimmt man Hamburg und Bremen als selbständige Staaten an, so ergibt sich bei der obigen Einteilung alsdann eine Zahl von 14 Staaten gegen 25 im alten Deutschen Reich.

Verteilung unserer U-Boote.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: Die Verbündeten haben beschlossen, die 114 von Deutschland abgelieferten Unterseeboote unter sich zu verteilen. England erhält 78, Frankreich 15, Italien 10, Japan 7 und Amerika 4 Unterseeboote. Die letztgenannten sind bereits nach den Vereinigten Staaten abgegangen.

Die Pariser Friedenskonferenz.

Wie aus Bern berichtet wird, beständig das Blatt des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau, „Homme Libre“, daß die Eröffnung der Friedenskonferenz auf den 13. Januar festgesetzt sei.

Savas berichtet aus Paris, Marshall Foch werde am 13. Januar aus Spa in Paris eintreffen.

Nationalwahlen und Friedensfrage.

Eine beachtenswerte Aeußerung der „Times“.

Aus dem Haag wird der „Röln. Volksztg.“ berichtet: Wie „Het Vaderland“ meldet, schreibt die „Times“ zur Lage in Deutschland, daß es jezt natürlich von größter Bedeutung sei, daß die so wichtigen Wahlen für die Nationalversammlung in einer Weise vor sich gehen, daß man wirklich von der Bildung einer verantwortlichen Regierung, die den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt, sprechen kann. Nur mit einer solchen Regierung würden Verhandlungen möglich sein, da es selbstverständlich sei, daß Friedensverhandlungen mit einer unsicheren Regierung in den Bereich der Unmöglichkeit gehörten.

Wo soll die Nationalversammlung tagen?

Der „Röln. Volksztg.“ wird aus Berlin gemeldet: Durch die Presse gehen verschiedene Mitteilungen über den Tagungsort der Nationalversammlung. Genannt werden vor allem Frankfurt, Erfurt, Weimar und Würzburg. Die Regierung hat sich, wie offiziös gemeldet wird, zwar mit der Frage beschäftigt, ist aber noch zu keinem endgültigen Beschluß gelangt.

Die vier Grundsätze für den Völkerverbund.

Das Holländische News-Büro meldet aus New York: In einer Rede in Brooklyn erklärte der ehemalige Präsident Taft, die vier Grundsätze, auf denen der Völkerverbund aufgebaut werden müsse, seien:

1. Gründung eines internationalen Gerichtshofs zur Entscheidung aller Fragen und Meinungsverschiedenheiten nach Gerechtigkeit und Redlichkeit.
2. Alle Nationen, die Mitglieder des Bundes werden, müssen sich verpflichten, sich an dem Polizeieheer und der Polizeiflotte zu beteiligen, die aus den bestehenden Heeren und Flotten aller Länder gebildet werden müssen.
3. Unterdrückung von Kriegen, die dennoch entstehen, und Unterwerfung aller Nationen, die sich weigern würden, die Macht des Völkerverbundes und die Entscheidungen des internationalen Gerichtshofes anzuerkennen.
4. Kodifizierung des Völkerrechts und Feststellung der neuen Grundsätze, die das Völkerrecht beherrschen müssen.

Im Stich gelassenes Eisenbahnmateriale.

Berlin, 7. Jan. Nach Bekanntmachung der belgischen Eisenbahnverwaltung befinden sich auf den belgischen Eisenbahnen noch 23 000 deutsche Eisenbahnwagen mit Munition, Kriegsmateriale und Lebensmitteln, die von den Deutschen zurückgelassen worden sind.

Die bedrohte Ostmark.

Bromberger Truppen unter ihren Soldatenräten und selbstgewählten Offizieren haben Schubin und Wrofschen von den Polen gesäubert. In beiden Orten wurden den Polen viele Gewehre abgenommen. Die Bromberger Verluste betragen einige Leichtverwundete. Rakel wurde von den Polen freiwillig geräumt.

Hohenstaufen ist in den Händen der Polen. Sonntag von früh bis abends spät tobten Kämpfe mit Mannschaften des Infanterie-Regiments Nr. 140. Es gab über 100 Tote und zahlreiche Verwundete. Die Deutschen wurden zurückgedrängt. Schließlich erfolgten Verhandlungen, wonach die Besatzung bis 12 Uhr nachts abzieht. Die Truppen ziehen ohne Waffen ab; nur eine Ehrenabteilung darf ihre Waffen behalten. Auch Wollstein und Exin sind in die Hand der Polen gefallen.

Benfchen ist augenblicklich noch in deutscher Hand; es sind schwere Kämpfe im Gang.

Wie die „Röln. Volksztg.“ erzählt, sollen die Aufgebote für die militärische Wiederbesitzergreifung Posen und zur militärischen Sicherung Oberschlesiens drei Armeekorps betragen.

Die Ernährungslage Europas.

Reuter meldet aus Paris: Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittellkommission gab in einem Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagt:

„Seit meiner Ankunft in Europa wirkte ich mit Beamten der alliierten Regierungen zusammen zwecks Untersuchung der Ernährungslage, insbesondere der der befreiten Gebiete. Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht so weit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch einige Zeit lang aushalten zu können, von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und vieler sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung von Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und durch die Verwüstungen sank die Produktion dieser Länder. Die von der letzten Ernte übriggebliebenen Vorräte werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittellversorgung in der Zeit der Untersuchung und Schaffung einer Organisation keine Verzögerung entsteht, fanden wir im Zusammenwirken des Kriegesamtes mit der Lebensmittellverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen. Daneben gaben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen fanden wir gemeinsam mit unseren alliierten Kommis-sionen in den verschiedenen Ländern, die die Transportfrage untersuchen und tracken sollen, die Finanzfrage zu regeln. Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge des schlechten Zustandes der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten. Daher entstanden nach Landung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich

nutzten wir für die Verteilung einen Dienst mit Lastauto-
mobilen einrichten und werden wahrscheinlich auch in anderen
Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen.

Außerordentlich schwer ist ferner die Finanzfrage. Die
Ernährung Europas während der nächsten sechs Monate
bildet ein großes ökonomisches Problem; sie ist auch von
allergrößter politischer Bedeutung, wenn wir die Anarchie
verhindern wollen. Wenn wir den Wunsch hegen, daß die
Welt zu irgend einer Form ordnungsmäßiger Regierung
zurückkehrt, wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit
denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, so
müssen wir auf irgend eine Weise für Nahrungsmittel-
lieferung sorgen. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kate-
gorien: 1. an Deutschland und einige Alliierte und Neutrale
für die benötigten Lebensmittel in Form eines rich-
tigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in
annehmbaren Werten liefern; 2. an die besetzten Gebiete und
an einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen
gesetzlichen Bestimmungen Anleihen geben kann; 3. an Völ-
ker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße
benötigen, denen die Unterstützung aber aus den gegenwärtig
verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regie-
rung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten
in den besetzten Ländern durch die rücksichtslosen Handlungen
der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen veranlaßt
werden sollen, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach
diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos die Vor-
bedingung für die Gewährung von Lebensmittelforderungen
an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung
aller besetzten Länder benutzt werden.

Nach einer Neutermeldung aus Washington forderte
Wilson den Kongress auf, 100 Millionen Dollar zur Linde-
rung der Hungersnot, an der Europa leidet, zu bewilligen.
Wie verlautet, wird das Geld hauptsächlich benötigt, um die
Herbeischaffung von Lebensmitteln nach Teilen Westruß-
lands, nach Polen und Osterrück-Ungarn zu ermöglichen.

Geburtenrückgang in Sachsen.

Im bedrohlichen Maße werden die Aussichten des deut-
schen Wirtschaftslebens neben manchen anderen ungünstigen
Erscheinungen getrübt durch den steten Rückgang der Bevöl-
kerungsziffern, besonders in Sachsen. Hier ist der geradezu
rapide Rückgang der Geburten ein überaus bedenkliches
Zeichen der Zeit. Eine amtliche Statistik für die letzten Jahre
liegt nicht vor. Dagegen entrollt eine von der evangelischen
Landeskirche, die mehr als 90 Prozent der Bevölkerung um-
faßt, aufgestellte Statistik ein sehr trübes Bild. Darnach
betrug in den Jahren 1912 bis 1917 die Geburtenziffer
118 768, 117 778, 112 049, 82 603, 55 604 und 48 354. Es
ergibt sich somit, daß im Jahre 1917 im Vergleich zu 1912
in Sachsen mehr als 70 000 Kinder weniger geboren wur-
den, das ist ein Rückgang von 60 Prozent. Gegen das erste
Kriegsjahr 1914 ergibt sich immer noch ein Rückgang von
57 Prozent. Dieser bedrohliche Rückgang findet keineswegs
seine Erklärung allein in den Kriegsverhältnissen.

Thronkrise in Luxemburg?

Die „Röhm. Volksztg.“ berichtet: Der „Matin“ vernimmt,
daß die Großherzogin Marie Adélaïde für ihr Volk uner-
wünscht ist, und daß sie nicht mehr lange in Luxemburg
bleiben wird.

Savas-Reuter meldet aus Luxemburg: Unter dem Vor-
sitz der Großherzogin wurde am 5. d. M. ein Staatsrat ab-
gehalten, der beschloß, an die Verbandsmächte und die Ver-
einigten Staaten eine Erklärung zu richten, in der die luxem-
burgische Regierung die zwischen dem Großherzogtum
Luxemburg und Deutschland bestehenden Verträge und die
Zugehörigkeit Luxemburgs zum deutschen Zollverein sowie
über die luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn für nichtig
erklärt. Die luxemburgische Regierung wünscht entsprechend
dem einheitlichen Wunsche der Bevölkerung Verhandlungen
anzubahnen, um eine Annäherung in wirtschaftlicher Bezie-
hung zwischen den Verbandsstaaten und Luxemburg zu er-
zielen. Am Schlusse der Erklärung wird der Schutz der Un-
abhängigkeit der Bevölkerung Luxemburgs gegenüber
Deutschland unter den Schutz der alliierten Regierungen
gestellt.

Die römische Frage.

Nach einer Information des „Secolo“ will der Papst
Wilson für die römische Frage interessieren, die im Zusammen-
hang mit der Schaffung des Völkerbundes gelöst werden
müsse. Die Regelung der römischen Frage sei bereits seit
einiger Zeit Gegenstand von Meinungsäusserungen gewesen.

Roosevelt gestorben.

Aus Amsterdam wird berichtet: Der frühere amerikanische
Präsident Theodor Roosevelt ist gestorben. Er hatte Sontag
den ganzen Abend mit seinen Angehörigen verbracht und
sich um 11 Uhr zur Ruhe begeben. Einige Stunden später
sah ihn seine Frau tot im Zimmer.

(Roosevelt hatte sich in den letzten Jahren bekanntlich zu
einem der schlimmsten Deutschenhasser in Amerika entwickelt.
D. Red.)

Gruben-Unfälle.

Saarbrücken, 7. Jan. Wie die Blätter melden, ereig-
nete sich in Wertenbach eine schwere Schlagwetterexplosion,
der 70 Bergleute zum Opfer fielen. Ungefähr 30 konnten
aus der Grube herausgeschafft werden.

St. Arold, 6. Jan. Am 2. Januar abends fand auf
der Zeche „Waldemar Müller“ der Gewerkschafts-
Saar-Mosel zu Spittel eine schwere Kohlenstaubexplosion
statt. Am anderen Morgen um 8 Uhr waren die Opfer alle

geborgen, 31 Tote und 8 bis 10 Schwerverletzte, sowie
sechs Leichtverletzte.

Meh, 6. Jan. Wie aus Algringen gemeldet wird,
wurden auf einer Erzgrube der Rheinischen Stahlwerk,
durch einen Gesteineinsturz fünf Arbeiter erschlagen, etwa
20 weitere sollen noch in der Grube eingeschlossen sein.

Von nah und fern.

* **Neue Reichsbanknoten.** Die Reichsbank gibt jetzt
Reichsbanknoten zu 1000 und 100 Mark aus, die sich von den
Noten früherer Ausgaben dadurch unterscheiden, daß die
beiden Stempel und die Nummern nebst den danebenstehen-
den Buchstaben anstatt in roter in grüner Farbe gedruckt sind.

* **Abschaffung des Einjährigfreiheits.** Die Ausgabe einer
Verordnung steht bevor, durch die das Einjährig-Freiwilli-
gen-Privileg vollkommen aufgehoben wird.

* **Die Abzeichen der französischen Offiziere, die auf
den Ärmeln der Uniform und an der Kopfbedeckung ge-
tragen werden, sind nach dem „Mainzer Anzeiger“ folgende:**
Divisionsgeneral 3 Sterne, Brigadegeneral 2 Sterne,
Oberst 5 Streifen, Oberstleutnant 5 Streifen (davon 2
von anderer Farbe), Major 4 Streifen, Hauptmann 3
Streifen, Leutnant 2 Streifen, Unterleutnant 1 Streifen.

Schiff, 9. Jan. Am Bismarckdenkmal zeigten sich schon
wiederholt Spuren gewalttätiger Beschädigung. Da nun
auch offensichtlich der Versuch gemacht wurde, es von dem
Postament herabzustürzen, wobei die Befestigung auf dem
Sockel sich gelockert hatte, so ließ die Stadtverwaltung die
Bronzefigur des Reichskanzlers gestern herunternehmen, um
weiterem Unfug vorzubeugen.

Schiff, 7. Jan. Ein Einbrecherquartett wurde gestern in
der Person des Willi Ringel von hier, der Peter Thul aus
Nied, Georg Schneider von hier und Georg Scherer von
hier ermittelt, und die zwei Lehtgenannten festgenommen.
Die Genannten hatten in der vorletzten Nacht einen Keller
in der Meisterstraße ausgeräumt, insbesondere 80 Flaschen
Wein, 30 Flaschen Eingemachtes und eingewickeltes Fleisch
entwendet. Ein großer Teil des Weines wurde bei dem
Händler Cronm von hier beschlagnahmt, der den Spitzbuben
den Wein für 120 M abgelaufen hatte. Auf das Konto dieser
Banden sind auch noch die sonstigen, in letzter Zeit hier aus-
geführten Einbrüche zu setzen. Ringel und Thul sind
flüchtig.

Mainz, 4. Jan. Im benachbarten Laubenheim stahlen
Diebe einem Wirt in der Nähe des Bahnhofes ein Schwein
von 100 Pfund und den Hofhund dazu. Von den dreisten
Dieben fehlt jede Spur.

Mainz, 4. Jan. Mehrere Burschen von hier machten sich
am Neujahrstage das gefährliche Vergnügen, in der Nähe
des Seuchenlazarets mit scharfen Handgranaten, die sie
unerlaubt in ihren Besitz gebracht, Wurfübungen vorzu-
nehmen. Durch die Explosionen wurde die Militärbehörde
aufmerksam und ließ die leichtsinnigen Burschen festnehmen.
Sie sehen jetzt ihrer Bestrafung entgegen. — **Tausend Mark
Belohnung** wurden ausgesetzt für die Wiederbeschaffung des
auf der Gustavsburg gestohlenen Zuders oder zur Ermitt-
lung der Diebe.

Mainz, 9. Jan. (Heiratslustige Leute.) Daß die Lust,
einen eigenen Herd zu gründen, auch in dieser schweren Zeit
nicht beeinträchtigt worden ist, zeigt die Tatsache, daß in der
Weihnachtsnummer des „Mainz. Anz.“ nicht weniger als
60 Brautpaare ihre Verlobung ankündigten. Ein vielver-
heißendes Zeichen von Vertrauen in eine bessere Zukunft!

Bingen, 4. Jan. Vor dem französischen Kriegsgericht
hatte sich der Metzgermeister Berg und sein Sohn aus Weiler
bei Bingen zu verantworten, weil in dem Strohspeicher des
Berg Gewehre und Patronen gefunden worden waren. Beide
wurden damals verhaftet und in Untersuchungshaft
gebracht. Sie erklärten, nichts von den Waffen und der
Munition gewußt zu haben, die sicher von deutschen Soldaten
auf dem Rückmarsch zurückgelassen worden wären. Die
Verhandlung fand im Sitzungssaal des Binger Amts-
gerichts statt. Es wurden noch andere Straffachen, auch
solche gegen französische Soldaten und deutsche Zivilpersonen
verhandelt. Die Richter bestanden aus fünf französischen
Offizieren verschiedener Dienstgrade. Die beiden Angeklag-
ten — Metzgermeister Berg und sein Sohn — wurden wegen
schwerfälligen Besitzes von Kriegswaffen verurteilt. Das Ur-
teil lautete gegen Berg auf 3 Monate Gefängnis und 500 M
Geldstrafe, gegen den Sohn auf 15 Tage Gefängnis. Gleich-
zeitig wurde das Gesetz Berenger für anwendbar erklärt und
Beiden die Verbüßung der Gefängnisstrafe unter der Vor-
aussetzung erlassen, daß sie sich in den kommenden Jahren
straflos führen. Sie wurden sofort in Freiheit gesetzt. Ein
hiesiger Anwalt hatte sie in deutscher Sprache verteidigt, im
übrigen wurden die Verhandlungen in französischer Sprache
geführt. Ein Dolmetscher stand zur Verfügung.

Röhm, 3. Jan. Ueber die Kosten der Revolution machte
der erste Beigeordnete Maherrath in der letzten Sitzung der
Stadtverordneten interessante Angaben. Danach wurden
ausgegeben: für den vom Arbeiter- und Soldatenrat einge-
richteten Sicherheitsdienst 163 000 M; für die militärischen
Polizeihilfsstruppen 587 000 M; und für die Bürgerwehr
1 217 000 M. Von letzterem Betrage fallen zwei Drittel
der staatlichen Polizei zur Last. Bei der künftigen Regie-
rung sind 47 000 M Kosten für den Aktionsauschuss des
Arbeiter- und Soldatenrates auf die Regierungshauptkasse
angewiesen worden. Es sind 357 Fälle von Plünderung
von privater Seite angemeldet worden; davon steht in 249
der Schaden mit 806 000 M bereits fest. Von amtlicher Stelle
sind 13 Fälle ohne Schadenangabe, 7 Fälle mit 450 000 M
Schaden angemeldet.

Essen, 4. Jan. Zwischen Gladbeck und Horst stießen
zwei Straßenbahnwagen zusammen. 19 Personen wurden
verletzt, teils schwer.

— **Tanks in der Landwirtschaft.** Für landwirtschaftliche
Zwecke ist ein Gefährt geschaffen worden, das nach Art der
Tanks als Raupenwagen fortbewegt wird. Sowohl die

Bauart und Verbindung der Räder wie ihr Antrieb ist nach
dem Muster der Tanks eingerichtet. Dabei handelt es sich
um eine kleine Maschine, die nach einem Bericht des „Tropen-
pflanzers“ nicht mehr als 4000 M kosten soll. Sie ist haupt-
sächlich dazu bestimmt, einen dreifachen Pflug zu schleppen.
Sie vermag die gewöhnlichen Hindernisse zu überwinden
und auf einem Kreis von 4 Metern zu wenden.

Amiens, 4. Jan. Ein von Doullens kommender Ver-
sonenzug entgleiste vor dem Bahnhof von Amiens. Einige
Personen wurden getötet, mehrere Wagen zerstört.

— **Verhaftete Pferdeschieber.** In den Büroräumen des
Bauernrates im Landtag in München gelang es, einen
Händler zu verhaften, der gekommen war, um sich zu „recht-
fertigen“. Der Schieber hatte nicht weniger als 92 Pferde
zusammengelaufen um einen Betrag von 1700 (!) Mark, der
größtenteils als Schmiergeld in die Taschen eines Sergeanten
geglitten war, der bis jetzt noch nicht ermittelt werden
konnte. Die Tiere, die der Händler im Garten eines Wald-
restaurants unweit Münchens untergebracht hatte, konnten
mit Ausnahme von acht Stück, die bereits weiterverkauft
waren, beschlagnahmt und enteignet werden. — Ein zweiter
Händler hatte, wie festgestellt wurde, 97 Pferde aus Würt-
temberg um einen billigen Preis als Schlachttiere erworben.
Der Zustand der Tiere rechtfertigt in keiner Weise das
Schlachten. Der Bauerrat erklärte: „Welche unsauberen
Geschäfte der Pferdehandel in den ersten Tagen der Demobil-
machung getrieben hat, bildet in Bezug auf Korruption ein
Kapitel für sich.“

— **Wilson Ehrenbürger von Paris.** Der Pariser Stadt-
rat hat auf Antrag des Syndikus André Gent dem Präsi-
denten der Vereinigten Staaten einstimmig das Ehrenbürger-
recht von Paris verliehen. Der Abstimmung ging ein Vor-
trag voraus, in dem daran erinnert wurde, daß der Titel
„Ehrenbürger von Paris“ im Mittelalter an Persönlich-
keiten verliehen wurde, die nicht nur der Stadt Paris, son-
dern Frankreich überhaupt große Dienste erwiesen hatten.
Zur Zeit der Revolution wurde der Titel auch Fremden
gewährt, unter anderem erhielt George Washington diese
Auszeichnung.

Versteuerung

der Pacht- und Mietverträge, sowie der Automaten und Musikwerke.

A. Im Monat Januar 1919 sind zu versteuern:

1. sämtliche nach Tarifstelle 48 I des Stempelsteuer-
gesetzes vom 31. Juli 1895/26. Juni 1909 stempel-
pflichtigen Pacht- und Mietverträge (auch die nur
mündlich abgeschlossenen) sowie die Pacht- und
Mietverträge, welche im Kalenderjahre 1918 in Gel-
tung gewesen sind;

2. die nach Tarifstelle 11 a des genannten Gesetzes steuer-
pflichtigen Automaten und mechanischen Musikwerke.

B. Die Versteuerung hat zu erfolgen:

zu 1 durch die dem Verpächter oder Vermieter obliegende
Einreichung eines Pacht- und Mietverzeichnisses und
Einzahlung der Steuer bei den Zollstellen oder Stem-
pelverteilern, welche auch die Formulare zu den Ver-
zeichnissen unentgeltlich verabfolgen;

2. durch Anmeldung des Automaten oder Musikwerks
seitens des Eigentümers oder Ausleihers bei der
zuständigen Zollstelle.

C. Nicht oder nicht rechtzeitig bewirkte Versteuerung zieht Bestrafung nach sich.

Hauptzollamt.

Wird veröffentlicht.

Die Formulare sind im Steuerbüro, Rathausaal, erhält-
lich, wofür auch die Versteuerung vorgenommen wird.

Röhlstein im Taunus, den 3. Januar 1919.

Stempelverteilungsstelle.

Bekanntmachung für Eppstein.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die
allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S.
S. 195) und der §§ 6, 12 und 13 der Allerböchsten Verord-
nung vom 10. September 1887 über die Polizeiverwaltung
in den neu erworbenen Landesteilen (G. S. S. 1529) wird
mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den ganzen
Umfang der Regierungsbezirke auf Aufhebung der dies-
seitigen Polizeiverordnung vom 15. Juni 1887 (Reg.-Amts-
blatt Nr. 26 S. 322) folgendes verordnet:

§ 1. Alle bereits abgestorbenen Obstbäume, sowie die
dürren Äste und Aststümpfen an noch nicht abgestorbenen
Obstbäumen, sowohl in Gärten als in Feldern sind seitens
deren Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten,
welchen die Verfügung über dieselben zusteht, in jedem
Jahre bis zu dem im § 3 festgesetzten Termine zu entfernen.
Das dürre Holz ist alsbald wegzuräumen oder an Ort
und Stelle zu verkennen.

§ 2. Zur Verhütung der Insekten- und Pilzvermehrung
sind beim Abschneiden der dürren Äste und Aststümpfen
der Obstbäume zu:

- a) alle Sägeschnittwunden von 5 cm Durchmesser und
darüber mit Steinölseife oder einem anderen ge-
eigneten Mittel zu verdecken;
- b) die am Stamm und an älteren Ästen durch Frost
Aderngeräte, Vieh usw. hervorgerufenen Seitenwunden
auszuschneiden und mit Steinölseife oder sonst einem
anderen geeigneten Mittel zu verstreichen;
- c) die vorkommenden Klüfther von dem mochrigen Holze
zu reinigen und so auszufüllen (beispielsweise mit
einem Gemisch von Lehm und Teer), daß das Wasser
nicht mehr eindringen kann.

§ 3. Die in den §§ 1 und 2 genannten Arbeiten sind
sobald als möglich, längstens aber bis zum 1. März des
auf das Bemerklichwerden des Schadens folgenden Jahres
auszuführen.

§ 4. Zuwiderhandlungen unterliegen zufolge des § 34
des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes vom 1. April 1880 der
dieselbst vorgesehenen Strafe bis zu 10 M. oder verhältnis-
mäßiger Haft.

Wiesbaden, den 5. Februar 1897.

Der königliche Regierungs-Präsident.
J. B. Frhr. v. Kellwitz.

Wird veröffentlicht.

Eppstein, den 8. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Mänhofer.

Ämtliche Bekanntmachungen.

N. G. A., den 3. Januar 1919.

In Gemäßheit der Verfügung Nr. 497/M C vom 21. Dezember 1918 bestätigt der General-Kommandant der X. Armee die Ernennung des Herrn Bürgermeisters Jacobs zum Landrat des Kreises Königstein. Der Verwaltungsbezirk umfaßt die befestigten Gebiete der Kreise Obergtaunus und Uffingen.

gez.: Mangin.

P. A. L'administrateur militaire
D. Clouet des Pesruches.

Wird veröffentlicht.

Königstein im Taunus, den 9. Januar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Betr. Wahlen.

Die Reichsregierung hat angeordnet, daß die wahlberechtigten Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung ihres Kompanie- pp. Führers über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen sind, wo sie sich am Wahltag aufhalten. Die Bescheinigungen müssen den Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe, den Wohnort des Wahlberechtigten, sowie Angaben enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar aus dem Felde heimkehrt.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor Ausübung der Wahl abzunehmen. Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigelegt. Ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt. Wahlberechtigte Beamte, Arbeiter in den Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächst gelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Königstein im Taunus, den 9. Januar 1919.
Der Landrat: Jacobs.

Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Wahlen zur Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr (8—20 Uhr französischer Zeit) statt. Als Wahllokale sind die beiden unteren Schulräume am Schneidhainweg bestimmt. Die Frauen wählen in dem Saal rechts, die Männer in dem Saal links vom Eingang.

Als Wahlvorsteher fungieren die Herren Justizrat Dr. Mettenheimer und Eduard Stern.

Als Stellvertreter die Herren Sanitätsrat Dr. Amelung und Magistratschöffe Michael Schöngen.

Königstein, den 9. Januar 1919.
Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Buchführungspflicht der Umsatzsteuerpflichtigen betreffend.

Nach § 15 Absatz 1 des Umsatzsteuergesetzes vom 26. Juli 1918 sind die Steuerpflichtigen verpflichtet, zur Feststellung der Entgelte, die sie für innerhalb ihrer gewerblichen Tätigkeit ausgeführte Lieferungen und sonstige Leistungen eingenommen haben, Aufzeichnungen zu machen.

Der Aufzeichnungspflicht ist genügt, wenn

1. sämtliche Entgelte, die der Steuerpflichtige für seine Leistungen erhält, fortlaufend in ein Buch eingetragen werden,
2. am Schlusse jedes Kalenderjahres der Gesamtbetrag der Entgelte ermittelt wird und
3. weder bei der Eintragung der einzelnen Entgelte noch bei der Zusammenfassung am Schlusse des Kalenderjahres die geschäftlichen oder häuslichen Ausgaben vorher abgezogen werden.

Pflegt der Steuerpflichtige vor der Ermittlung des Betrages der vereinnahmten Entgelte aus der Kasse Beträge zur Bestreitung von Ausgaben zu entnehmen, so hat er über diese Ausgaben Aufzeichnungen zu führen, die ihm und dem nachprüfenden Umsatzsteueramte die Ermittlung der vereinnahmten Entgelte ohne Abzug der Ausgaben gestatten.

Die Eintragungen haben sich auf den Eigenverbrauch zu erstrecken; dabei gilt als Entgelt derjenige Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt. Der Teil der Entgelte, der auf die Entnahme aus dem eigenen Betriebe entfällt, bleibt außer Ansatz, wenn er nicht mehr als zweitausend Mark beträgt und die Gesamtheit der Entgelte fünfzehntausend Mark nicht überschreitet.

Die letztere Vorschrift findet auf die Entnahme von Luxusgegenständen zum Eigengebrauch keine Anwendung. Die Eintragung der vereinnahmten Entgelte hat grundsätzlich mindestens täglich zu erfolgen.

Zu widerhandlungen gegen die in Betracht kommenden Vorschriften können mit einer Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark belegt werden.

Der Magistrat — Umsatzsteueramt.

Am Sonntag den 12. Januar 1919 ist das Paßbüro zur Ausstellung der Dauerausweise in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vormittags geöffnet. Für alle andere Fälle bleibt das Büro an diesem Tage geschlossen.

Königstein, den 10. Januar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Die Fuhrleistungen für die Stadt sind zu vergeben. Die Fuhrhalter werden ersucht, Angebote für Fuhrleistungen pro Stunde getrennt nach Einspannen und Zweispännern bis zum 11. Januar, vormittags 11 Uhr, bei dem Stadtbauamt einzureichen.

Königstein, den 4. Januar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Diejenigen Einwohner (Kranke, entlassene Militärpersonen, Zugezogene usw.) die noch nicht im Besitze eines Personalausweises sind, haben sich am 11. ds. Mts. vormittags 8 Uhr auf dem hiesigen Rathause zum Zwecke ihrer Legitimation persönlich einzufinden.

Für die Aufnahme kommen alle über 12 Jahre alte Personen in Betracht.

Wer wegemüßig ist und nicht erscheinen kann, muß sich durch Vorlage eines ärztlichen Attestes entschuldigen lassen. Dasselbe muß spätestens bis zum 11. 1. 19 bei mir abgegeben werden.

Wer die Ausstellung des Personalausweises ohne Grund unterläßt bzw. den Termin der Aufnahme versäumt, hat Bestrafung durch die Militärbehörde zu gewärtigen.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am Samstag, den 11. ds. Mts. statt. Lebensmittelkartenabschnitt Nr. 4 ist vorzulegen.

Der Verkauf der Sonderzuweisungen an Kranke und Kinder erfolgt nur Dienstags vormittags von 8—12 Uhr bei der Firma Schade & Füllgrabe hier. Die Nährmittel für Kinder werden nur gegen Abgabe der abgestempelten gelben Karte für Säuglingsfürsorge abgegeben.

Königstein, den 9. Januar 1919.

Der Magistrat: Brühl.

Bestellungen auf rote Rüben

werden morgen Samstag, den 11. ds. Mts. vormittags von 8—10 Uhr, im Büro, Bierhalle 1. Stock, entgegen genommen.

Königstein i. T., den 10. Januar 1919.

Der Magistrat.

Die Zahlung der Steuer für das dritte Vierteljahr wird hiermit in Erinnerung gebracht. Nach drei Tagen erfolgt Zwangsbeitreibung.

Königstein im Taunus, den 9. Januar 1919.

Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Wie bereits bekannt gemacht, müssen alle Personalausweise mit Photographien versehen werden. Es findet in den nächsten Tagen ein Termin statt, in dem alle Personen, deren Personalausweise noch nicht mit Photographien versehen sind, unter Vorlage einer solchen auf dem Rathause zu erscheinen haben. Die betr. Einwohner werden deshalb bei Vermeidung von Strafen nochmals aufgefordert, sich sofort die notwendige Photographie zu beschaffen.

Königstein, den 8. Januar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Es wird bekannt gemacht, daß von Freitag an täglich von 10—12 Uhr Photographieaufnahmen für die Personalausweise im hiesigen Schulhause gemacht werden und zwar gruppenweise zu 15 Personen. Sonntags finden keine Aufnahmen statt. Um die schnellste Fertigstellung der Bilder durchzuführen, ist es dringend notwendig, daß die Einwohner sich zu den Gruppenaufnahmen einstellen. Der Preis sowohl bei Einzel- wie bei Gruppenaufnahme ist 80 Pfg. für 1 Bild, 2 Mark für 3 Bilder.

Königstein i. T., den 9. Januar 1919.

Der Bürgermeister: J. B.: Brühl.

Das Viehbestands-Verzeichnis zur Erhebung der Beiträge zum Pferde- und Rindvieh-Entschädigungsfonds für 1918/19 liegt vom 4.—18. Januar ds. Js. auf dem hies. Rathause, Zimmer 2, zur Einsicht offen.

Königstein, den 3. Januar 1919.

Der Magistrat: J. B.: Brühl.

Nutz- und Brennholzverkauf der Oberförsterei Königstein i. T.

Dienstag, den 14. Januar d. Js., kommen auf der Billtalhöhe bei Königstein von 10 Uhr vormittags ab (franz. Zeit) zum Verkauf:

A. Nutzholz:

Schubbez. Glashütten, Distr. 45b, 47 Al. Feldberg, 51 Ob. Odung, Schubbez. Schloßborn, Distr. 69a, 70, 71a, 72a Unt. Odung, 73a Altschloßhof.

Fichten: 4 Stämme 1r Al. mit 11,19 fm, 85 Stämme 2r Al. mit 116,38 fm, 156 Stämme 3r Al. mit 112,76 fm, 88 Stämme 4r Al. mit 32,90 fm, 31 rm Nuss-Scheit und Knüppel, 2,2 m lang. Aufmaßlisten gegen Erstattung der Schreibgebühren durch die Oberförsterei.

B. Brennholz:

Schubbez. Glashütten, Distr. 35a, 1. Unt. Neuwald, Schubbez. Eppenhain, Distr. 103 Landsgraben. Eichen: 14 rm Nuss-Scheit 2,4 m lang, 28 rm Scheit und Knüppel. Buchen: 410 rm Scheit, 420 rm Knüppel, 180 rm Reisler 1r Al., 3000 Wellen.

Die Verteilung findet mit Genehmigung des Herrn Administrateur militaire statt. Diejenigen Personen, die daran teilnehmen wollen, können sich die notwendigen Pässe durch die militärischen Kommandanten ausfertigen lassen.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, unseren innigstgeliebten Sohn, meinen guten Bruder

Jakob Dietz

Kanonier bei der Flak-Ers.-Abt. 1

im Garnisonlazarett zu Neuhoß, wohlverstanden mit den hl. Sterbesakramenten, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die tieftrauernden Eltern

Josef u. Elis. Dietz geb. Sturm
und Tochter Anna.

Falkenstein, 9. Januar 1919.

Alkoholfreien Punsch!

Grogpunsch per Liter M. 3.00
Blühpunsch per Liter M. 2.40

1 Teil Punsch-Extrakt, 2 Teile heisses Wasser.
Kein Zucker.

Flaschen oder Gefässe wolte man bitte mitbringen.
Niederlage bei

Frau Lange, Limburgerstr. 18, Königstein.

H. Brief-Kassetten und Mappen,

Taunus- Mech-Block

in verschiedenen Größen
Cinté, Klei-, Farb-, und Kopier-
stifte, Stahlfedern und Radier-
gummi, Siegelack, Bindfaden,
Packpapier, Aufklebe-Adressen
empfiehlt Druckerei

Ph. Kleinböhl,

Königstein, Hauptstr. Nr. 41,
— Fernruf 44. —

Verloren den 2. 1. abends
Daufröhre e. gefüllt, braun.

Lederhandschuh.
Abgang. geg. gute Belohnung

Kaffee Kreiner, Königst.

Schuhbedarfs- scheine

Bezugs-
scheine A¹¹

Bestandsfrage-
bogen

zu haben in der Druckerei

Ph. Kleinböhl,
Fernruf 44 — Daufröhre 41.

Gebrauchter, guterhaltener
Gasbadeofen
und ein Kinderbett
zu verkaufen

Villa Viktoria Luise,
Falkenstein im Taunus.

Umzugs halber sehr
wachsamer Hund

billig abzugeben.
Zu erfragen i. d. Geschäftsst.

5-Zimmer-
Wohnung!

mit Zubehör u. Gartenanteil
in schöner Lage zu vermieten.

Oelmühlweg 19, Königstein.

Flickfrau

ins Haus gesucht. Frau Dr.
Bogdt, Limburgerstr. 15, Kgst.

Jüng. Mädchen

für leichte Hausarbeit auf das
Land gesucht. Näh. Daufröhre
2 im Laden, Königst.

Gewandtes, tüchtiges

Hausmädchen

Angewandte, tüchtige
Angebote nebst Zeugnissen an
Haus Hebe, Falkenstein.

Wegen Verheiratung d. jetz.
zum 1. Februar gesucht

tüchtige

Äschin oder Stütze

und

beff. Hausmädchen

Cronberg, Daufröhre 20.

Tüchtig. Mädchen

gesucht. Im Sommer gute
Zimmerstelle. Zu erfragen in
der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Tüchtiges, fleißiges

Mädchen

gesucht.

Zu erfragen in d. Geschäftsst.

Suche einen

braven Jungen

von 14—16 Jahren zur Ver-
richtung von leichten Arbeiten.

Joseph Kohl, Kellheim.

Briefpapier

— Klappen-Auslage —
15 Briefbogen,
5 Briefhüllen

Zu haben in der Druckerei

Ph. Kleinböhl,
Königstein

Hauptstr. 41. Fernruf 44.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst u. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in
unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom
Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung

mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Aus-
gabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an
zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganz-
jähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der
Einzahlung.

Der Vorstand.